

## POLITIK

USA

# Redefreiheit als Währung

Christian Steinbach

**Seit über zwei Jahren können so genannte „Political Action Committees“ im US-Wahlkampf unbegrenzt Geld sammeln um damit zum Beispiel Werbespots zu finanzieren. Das Resultat ist verheerend.**

Eines der höchsten Güter der US-Demokratie ist „freedom of speech“, die Redefreiheit. Sie wird mit allen Mitteln verteidigt, auch gegen vermeintliche Zensur aus Washington. Dies hat mitunter bizarre Auswirkungen. So etwa im Jahr 2010, als zwei Lobbyistengruppen die nationale Wahlkommission verklagten. Eine von ihnen, die Gruppe „speechnow.org“, forderte, dass einzelne Personen unbegrenzte Summen für politische Zwecke ausgeben dürfen. Dies gehöre zur Redefreiheit, und wer nicht unbegrenzt spenden dürfe, dem werde ein Grundrecht verweigert. Die Gruppe „Citizens United“ ging sogar noch einen Schritt weiter: Das gleiche gelte auch für Unternehmen, schließlich bestünden auch sie letzten Endes aus Menschen. Beide bekamen Recht, was, nun vereinfacht dargestellt, bedeutet, dass Unternehmen als Menschen angesehen werden und Geld mit Redefreiheit gleichgestellt wird. So entstand ein Schlupfloch, welches die US-Politik nachhaltig verändert hat.

Zwar dürfen die Kandidaten persönlich noch immer keine unbegrenzten Spenden annehmen. Für formal unabhängige Organisationen wie die „Political Action Committees“, wegen ihrer monetären Schlagkraft kurz „Super-Pacs“ genannt, ist dies jedoch vollkommen legal. Seither haben die Organisationen mit klangvollen Namen wie „Make Us Great Again“ oder „Restore our future“ schwindelerregende Summen für den Wahlkampf ausgegeben. Bereits jetzt haben sie über 240 Millionen Dollar gesammelt - und die Wahlen sind erst im November. Einer rezenten Schätzung zufolge könnten allein die republika-



FOTO: FLICKR/IMAGES OF MONEY

nischen „Political Action Committees“ bis zum Wahltag eine Milliarde Dollar ausgeben.

Dabei müssen die Namen der Spender nicht einmal offengelegt werden, denn auch hier gibt es so manche gesetzlichen Schlupflöcher. Einige Super-Pacs veröffentlichen zwar die Namen der Geber, viele jedoch erst nach vier Monaten und andere überhaupt nicht. Der Ursprung des Geldes ist also in vielen Fällen nur schwer zurückzuverfolgen. So erhielt „Restore Our Future“, welches den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney unterstützt, Spenden in Höhe von drei Millionen Dollar von dubiosen Briefkastenfirmen, die nur zu diesem Zweck gegründet und kurz nach der Überweisung wieder aufgelöst wurden.

Die einzige wirkliche Auflage der Super-Pacs besteht darin, sich nicht mit den Kandidaten abzustimmen. Doch in der Realität besteht auch diese Regel nur pro forma: Jeder Kandidat hat sein eigenes Super-Pac, das ihn unterstützt und meist von engen Vertrauten und Weggefährten geleitet wird. Rechtlich gesehen sind die Kandidaten für dessen Aktionen daher

nicht verantwortlich, was die ohnehin sehr lockeren Regeln im US-Wahlkampf noch weiter aufweicht.

**Bis zum Tag der Präsidentschaftswahlen werden die „Super-Pacs“ geschätzt eine Milliarde Dollar ausgegeben haben.**

Mitt Romneys „Restore Our Future“ zum Beispiel verbreitete Lügen über seinen innerparteilichen Konkurrenten Rick Santorum. Als dieser ihn dann in einer Fernsehdebatte zur Rede stellte, meinte Romney schlicht: „Ich habe diese Werbung nicht bestellt. Wie Sie wissen, ist es Kandidaten untersagt sich mit einem Super-Pac zu verständigen“. Überhaupt fließt das meiste Geld nicht in Werbung, die versucht, den favorisierten Kandidaten positiv darzustellen. Stattdessen werden fast ausschließlich so genannte „Attack Ads“ finanziert, um die Konkurrenz mit Dreck zu bewerfen: „Restore Our Future“ gab bislang

88 Prozent seines Geldes für negative Werbung aus, Barack Obamas „Priorities USA Action“ gar 100 Prozent.

In den USA ist die neue Regelung heftig umstritten. So weigerte sich beispielsweise der nordwestliche Bundesstaat Montana sie umzusetzen. Bereits Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts hatte der Staat, der reich an Bodenschätzen und arm an Einwohnern ist, große Korruptionsprobleme aufgrund des übermäßigen Einflusses der damaligen Kupfer-Barone gehabt. Durch die neue Regelung fühlt man sich dort nun um ein Jahrhundert zurückversetzt.

Montanas Weigerung wurde von 22 Bundesstaaten, sowie dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 2008, John McCain, unterstützt - vergeblich. Ende Juni erklärte der Supreme Court der Vereinigten Staaten Montanas restriktives Wahlspendengesetz für verfassungswidrig. „Das oberste Gericht hat das Gesetz unseres Bundesstaates blockiert, weil sie sagen, Unternehmen seien Menschen“, so der Gouverneur des Staates, Brian Schweitzer. „Das glaube ich erst, wenn man in Texas eines zum Tode verurteilt“. Was kafkaesk klingt, ist in Wirklichkeit bitterer Ernst: Der Verein „Common Cause“ fordert deshalb eine Verfassungsänderung, die festlegt „wer Menschen sind (Menschen) und wer keine Menschen sind (Unternehmen)“.

Um seinen Zuschauern die Absurdität der Super-Pacs vor Augen zu führen, gründete der Late-Night Komiker Stephen Colbert kurzerhand sein eigenes „Pac“. Als er dann auch noch ins Präsidentschaftsrennen einsteigen wollte, überschrieb er seine Organisation einfach einem anderen Komiker - denn Kandidaten dürfen ja offiziell nichts mit Super-Pacs zu tun haben. Eine Unterschrift genügte, und der Name wurde umgeändert. Er lautete nun: „Das definitiv nicht mit Stephen Colbert koordinierende Super-Pac“.

## POLITIK

## PARTEIENFINANZIERUNG

# Aus dem Schussfeld

Christian Steinbach

**Die „Group of States Against Corruption“ (Greco) bescheinigt Luxemburg Fortschritte bei den Bemühungen um eine transparente Parteifinanzierung. Verbesserungsbedarf gibt es jedoch weiterhin.**

Im Jahr 2008 hatte die Greco, ein Unterorgan des Europarats, in ihrem Bericht zur Bewertung Luxemburgs zehn Empfehlungen bezüglich der nationalen Parteienfinanzierung abgegeben. Dass bei dieser ein Verbesserungsbedarf gesehen wurde, ist verständlich, wenn man bedenkt, dass das Großherzogtum überhaupt erst seit Dezember 2007 über ein Parteienfinanzierungsgesetz verfügt. Zwei Jahre danach musste die Greco jedoch feststellen, dass von ihren Empfehlungen nur eine tatsächlich umgesetzt worden war. Ende Juni veröffentlichte sie nun ihre zweite Bestandsaufnahme, in welcher das Land besser abschneidet.

So wird zum Beispiel positiv hervorgehoben, dass den Verantwortlichen der jeweiligen Parteien Schulungen zur richtigen Anwendung des Gesetzes angeboten wurden. Vor allem Lokalsektionen sind mit den komplexen Regeln oftmals überfordert, denn nicht jede Sektion hat einen gelernten Buchhalter in ihren Reihen. Laut dem letzten Bericht des nationalen Rechnungshofes wurden in einigen Fällen durchaus erhebliche Mängel in der Buchhaltung festgestellt. Einige Sektionen versäumten es sogar ganz, dem Zentralorgan ihrer Partei einen Kassenbericht zu liefern. Viele sind inaktiv, und es ist nicht bekannt, ob sie noch über finanzielle Mittel verfügen. Der CSV-Abgeordnete Paul-Henri Meyers fordert deshalb, dass Lokalsektionen auf ein Minimum zu reduzieren seien.

Als Präsident der „Commission des Institutions et de la Révision Constitutionnelle“ ist Meyers für die Verbesserung des Parteienfinanzierungsgesetzes zuständig. Er unterstreicht,



FOTO: FLICKR/FRANÇOIS SCHNELL

die Greco habe Luxemburg „substantielle Fortschritte“ attestiert, bestreitet andererseits jedoch nicht, dass noch viel Nachholbedarf besteht. Einigen Forderungen der Greco ist man in Luxemburg nämlich immer noch nicht, oder nur teilweise, nachgekommen, so dass es immer noch Grauzonen und Undurchsichtigkeiten gibt.

Beispielsweise haben hierzulande Parteien, trotz wiederholter Forderung der Greco, nach wie vor keinen Rechtsstatus. Würden sie gesetzlich als sogenannte „personnes morales“ behandelt, wären sie strafrechtlich verantwortlich. Tatsächlich jedoch können für eventuelle Vergehen immer nur einzelne Personen belangt werden, die Parteien als solche kommen ungeschoren davon. „In dieser Form wird das nicht mehr lange haltbar sein“, meint auch Meyers.

Auch bei der Finanzierung sieht die Greco noch einige Schlupflöcher. So sind viele Regeln nur bindend, wenn eine Partei in den Genuss staatlicher Unterstützung kommen will. Wird ihr diese verweigert (wie zurzeit der Kommunistischen Partei)

oder nimmt sie sie nicht in Anspruch, braucht sie auch die Identität der Spender nicht offenzulegen. Theoretisch ist es also möglich, dass eine Partei ausschließlich von reichen Gebern finanziert wird, ohne dass die Öffentlichkeit deren Namen erfährt. Das Gleiche gilt übrigens für unabhängige Kandidaten, was vor allem im Gemeindevwahlkampf zu Problemen führen kann. Denn solchen Kandidaten steht es frei, unbegrenzt Spenden von Privatleuten anzunehmen und eigenes Kapital einzusetzen.

Aus den Jahresbilanzen der Parteien geht jedoch klar hervor, dass private Spenden nur einen unwesentlichen Teil ihres Gesamteinkommens ausmachen. Per Gesetz sind sie verpflichtet, eine Liste mit den Namen der Geber, die mehr als 250 Euro gespendet haben, zu veröffentlichen. Diese Listen sind für jedermann auf der Internetseite des Parlaments einzusehen. Hier erfährt man zum Beispiel, dass die CSV im Jahre 2010 ganze zehn Spenden über 250 Euro erhalten hat, was im Endeffekt etwas mehr als 6.000 Euro ausmachte - dass

das Gesamteinkommen der Partei sich aber auf 1.275.692,4 Euro belief! Die ADR und Déi Lénk erhielten sogar nur eine einzige Privatspende, die über der gesetzlichen Meldepflicht lag. Doch kann diese - theoretisch - generell umgangen werden: wer sein Geld nicht direkt der Partei, sondern zunächst einem Mandatsträger spendet, kann anonym bleiben. Diese Beträge brauchen nämlich, selbst wenn sie deutlich höher als normal ausfallen, nicht als Spenden registriert zu werden. In der Praxis machen die meisten Parteien allerdings hiervon keinen Gebrauch.

Spenden von Unternehmen sind in Luxemburg untersagt, da das Gesetz von 2007 zwischen „personne physique“ und „personne morale“ unterscheidet. Doch auch hier gab es in den letzten Jahren mindestens einen Grenzfall. So hatte ein Unternehmen für eine viertelseitige Anzeige in der Broschüre einer LSAP Sektion 1.000 Euro bezahlt - viermal so viel wie den normalen Preis.

Seit 2007 wurden also große Fortschritte bei der Regelung der Parteifinanzierung gemacht, doch es besteht immer noch viel Nachholbedarf - sowohl bei der Schulung der Lokalsektionen als auch beim Stopfen von Schlupflöchern. Auch wenn Luxemburg, laut Paul-Henri Meyers, erst einmal „aus dem Schussfeld der Greco“ ist, scheint das Land doch von völliger Transparenz noch weit entfernt.